

Hohe Wogen in Zeppelinheim gegen Flüchtlingsunterkunft

Ortsbeirat fordert eine baldige Informationsveranstaltung

Von unserem Redaktionsmitglied Klaus Kühlewind

Neu-Isenburg - „Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, um das zu verhindern.“ Wolfgang Bergenthal, Ortsvorsteher von Zeppelinheim, faßte in Worte, was des Volkes zornige Seele forderte. In dem Neu-Isenburger Stadtteil soll es kein Heim für Asylbewerber geben, soll das Ausweichquartier der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft

für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach keinen Platz finden. Rund 200 Bürger und Bürgerinnen der einst selbständigen Luftschiffergemeinde waren am Donnerstagabend ins Bürgerhaus gekommen. Dort tagte der Ortsbeirat. Und der hatte das Thema per Eilantrag auf die Tagesordnung der Sitzung genommen.

Stühle mußten herbeigekarrt, die Trennwand im Saal des Bürgerhauses beiseite geschoben werden. Mit einem derart großen Andrang hatte kein Mensch gerechnet. Tagsüber kursierten Flugblätter in der 1300-Seelen-Gemeinde, informierten über die Pläne des Hessischen Sozialministeriums und forderten auf, die Flüchtlingsunterkunft zu verhindern.

Mit einem Dringlichkeitsantrag reagierte denn die CDU im Ortsbeirat. Der Magistrat solle möglichst schnell einen Informationsabend mit Vertretern des Ministeriums arrangieren. Einstimmig schloß sich das Stadtteilgremium dem Begehren nach Aufklärung an.

„Einen so schweren Eingriff, wie es ihn seit Bestehen Zeppelinheims nicht gegeben hat,“ sieht Christdemokrat Werner Straubinger in den Plänen für das Ausweichlager. Wie am Mittwoch ausführlich berichtet, will das Sozialministerium im ehemaligen Hotel Erika - jetzt „Airotel“ - 240 Asylbewerber einquartieren. Es sei erstaunlich, daß seitens des Sozialministeriums nichts zu den Auswirkungen auf Zeppelinheim gesagt worden sei, führte Straubinger aus. Letztlich bedeutet das „zwei Dutzend Fremde in jeder

Zeppelinheimer Straße“. Und Straubinger sieht die Qualität des Waldes in Gefahr: „Der Erholungswert wird gleich Null, die Angst greift um.“ Die Zeppelinheimer brächten der Allgemeinheit schon genug Opfer, hätten Fluglärm und Abgase zu ertragen.

Die Worte des Christdemokraten waren Öl ins schwelende Feuer. Applaus für Parolen, Beifall auch für den Sozialdemokraten Wilfried Chelius, der da forderte: „Wer hierher kommt, muß sich eingliedern, oder soll dort bleiben, wo er ist.“

Die Wogen zu glätten, erinnerte Erster Stadtrat Berthold Depper an das Datum. Es war der 9. November, der 51. Jahrestag der Reichspogrom-Nacht. Der FDP-Politiker bekam dafür keinen Beifall. Auch das Bestreben von Günther Marx (Grüne) und Inge Manus (SPD), Verständnis zu schaffen, Aggression zu vermeiden, ging in der aufgelandenen Stimmung unter.

Dabei verkannten die Zeppelinheimer, daß auch der Magistrat das Ausweichquartier verhindern will. Planungsrechtliche Bedenken meldete die Verwaltungsspitze an. Schließlich handele es sich um ein Gewerbegebiet. Und dort sei Wohnen nicht gestattet. Eine Nutzungs-

änderung für das Hotel werde der Magistrat ablehnen.

Keinen rechtlichen Konflikt sieht indes das Sozialministerium. Auf Anfrage der OFFENBACH-POST betonte eine Sprecherin, es gäbe keine baurechtlichen Hindernisse. Letztlich hätten in dem Hotel auch zuvor Menschen gelebt.

Um Verständnis bei der Bevölkerung warb Claus Demke, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und jetzt Staatssekretär im Finanzministerium. Die Unterkunft in Schwalbach platze aus allen Nähten. Die Landesregierung stehe unter großem Druck. Demke rechtfertigte auf Anfrage die Entscheidung als richtig. Zwar könne er die Sorgen und Nöte der Bürger verstehen, doch seien diese nicht gerechtfertigt.

Ziel der Landesregierung sei, die Asylverfahren zu beschleunigen. Die Frage der Integration stelle sich in Zeppelinheim nicht. Die Menschen blieben längstens drei bis vier Woche dort. Demke: „Ich appelliere an alle Zeppelinheimer, den Menschen nicht ablehnend gegenüber zu stehen. Uns geht es doch hervorragend. Da können und müssen wir mit diesem Problem fertig werden.“